

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark. Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. A.-G.
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16
Fernsprecher S.-A. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für den Stellenmarkt die 10 gepaltene Millimeter-
zeile 90 Pf. - Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Der Spruch des Volkes

F. K. Die deutschen Wähler haben nun ihr Urteil gesprochen. Es ist unmissverständlich deutlich gegen die Reaktion und für den Fortschritt ausgefallen, und es kann getrost als ein kräftiges Bekenntnis zum republikanischen Gedankenbuchstabierte werden. Eine andere Deutung läßt die millionenfaltige Umwanderung der Wähler von rechts nach links nicht zu. Von der Wählerflucht sind abgesehen von der Wirtschaftspartei, alle bürgerlichen Parteien schwer betroffen worden, am argsten indessen die beiden Hauptschuldigen des Bürgerbluts, nämlich die Deutschnationalen und das Zentrum. Bei den Deutschnationalen sah die Flucht 1,8 Millionen Mann hoch ein, auf ihrem Wege nach links rissen sie von der Volkspartei 400 000 und dem Zentrum wie bei den Demokraten ebensoviele mit. Dem Wählerverlust entsprechend ist die Einbuße an Abgeordnetenstellen, der bei diesen vier Parteien nicht weniger denn 51 ausmachte. Die Gewinner des Wahltages sind fast ausschließlich die beiden Arbeiterparteien, die Sozialdemokratie und die Kommunisten, die beide zusammen 12,3 Millionen Stimmen erhielten, was einen Zuwachs von 1 746 000 bedeutet. Im besonderen wuchs die Sozialdemokratie von 7 836 000 auf 9 111 000, die Kommunisten von 2 711 000 auf 3 292 000 Stimmen. Die Sozialdemokratie wird im künftigen Reichstag statt 131 Abgeordnete 152, die Kommunisten statt 45 Mandaten 54 zählen.

Die größten Verlierer des Wahltages sind die Deutschnationalen, deren Stimmengahl von 6 209 000 auf 4 359 000 zurückgegangen ist. Dieser Verlust ist auch insofern bedeutsam, als die Deutschnationalen über eine weitverbreitete und strapellose Presse verfügen und ihnen das Geld der Großindustrie und des Grundbesitzes in dickem Strome zugestossen ist. Der Rückgang der deutschnationalen Wählerschaft zeigt, daß man nicht alle Welt alle Zeit betrügen kann oder, wenn man will, daß seit 1924 die Urteilsfähigkeit und die politische Vernunft erfreulich gewonnen hat. Vor vier Jahren liefen Hunderttausende von den Bürgern, die durch den vom Staate vollzogenen Diebstahl, Inflation genannt, um ihr Hab und Gut gebracht und zur Verweisung getrieben waren, zu den deutschnationalen Kattentänzern, weil diese ihnen in dreifacher Unbekümmertheit Rettung und Aufwertung versprochen. Diese leichtgläubigen Bürger mußten bald die Erfahrung machen, daß sie mit ihren Wahlstimmen nur eine Spitze gemacht hatten, die im Schindens und Scheren der Volksmasse ihre Gleichen sucht. Durch den Wählerfolg von 1924 wurde die Junter Spitze nur wieder in den Stand gesetzt, ihr in langer Übung gestähltes Talent im Wuchern, Mißregieren und Rückwärtsziehen aufs neue zu betätigen. Sie haben das mit einer augenöffnenden Rücksichtslosigkeit bejagt. Nach einer kühlen Betrachtungsweise der deutschnationalen Regierungskunst kommt man zu dem Schluß, daß sie sich in ihrem Eifer, sich die Taschen zu füllen und die Republik zu unterhöhlen, doch etwas zu sehr übernommen haben. Weniger wäre von ihrer Kaste willen mehr gewesen. Doch Maßhalten ist eine unserer Juntern unbekannte Tugend. Sie können eben nicht mehr anders, als der Welt zu beweisen, daß sie nur noch Reste eines ein für allemal verflorenen Zeitalters sind, die nichtslos in die Grube geschoben zu werden verdienen. Damit ist am 20. Mai ein entsprechender Anfang gemacht worden.

Man hätte nicht gut von Remesiz reden können, wäre am 20. Mai nicht auch der schwerverindustrialen Volkspartei und dem liberalen Zentrum das Urteil gesprochen worden. Denn beide sind kaum weniger verantwortlich für die namenlose Drangsal, die das neue Deutschland und sein arbeitendes Volk die letzte Zeit hat erdulden müssen. Sehr viel Schuld an unserm Unheil trägt jedenfalls das Zentrum. Ihm sind die Rechtsregierungen mit ihrem reaktionären Drum und Dran in erster Linie zuzuschreiben. Wir, die wir das Wesen des Zentrums zu kennen glauben, wundern uns nicht, daß es je länger desto ausgesprochen zur Hilfsmannschaft der monarchistischen und wirtschaftlichen Reaktion geworden ist. Aber bei seinem proletarischen Anhang setzte helles Wundern ein. Es wurde allgemein sichtbar, als es galt, unermessliches Volksgut vor der Habgier der Fürsten zu retten. Starke Haufen katholischer Arbeiter können es nun einmal nicht mit ihrer Auffassung vom Christentum vereinbaren, daß man eines armen Volkes Gut schwerreichen Fürsten zuschiebt und daß man mit den Groschen flüchtig lebender Schichten die weiten Taschen der Zollwucherer und Lohnquetscher füllt. Dem Wundern folgte die Tat. Sie begann bei der Abstimmung über die Fürstenabschaffung, und sie ging in der stärksten Weise weiter bei der Wahl. In jedem der westlichen Wahlkreise, dann aber auch in Württemberg und in Baden, kurz in den liberalen Hochburgen ist die Umwanderung der Wähler geradezu bestürzend. Eine solche Massenflucht hat die Zentrumspartei noch nicht erlebt. Sie, die als unerschütterlich galt, ist nun in ihren Grundfesten erschüttert.

Die Zentrumspartei, die durch ihre Kapläne die Ohren stets am Boden hat, wird die Quittung, die ihr ihre bisher treuesten Anhänger für ihre Politik ausgestellt haben, wohl zu beherzigen werden. Vielleicht auch nicht. Es wird in der Tat vielfach angenommen, daß das Zentrum nun, nachdem es in der Rechtsregierung die reaktionären Belange gefördert hat, sich bemühen werde, in einer Regierung mit den linken Parteien eine fortschrittliche Politik zu hemmen, nein, zu hintertreiben. Aus dem Urwesen des Zentrums spricht viel für diese Annahme. Allein, in großen Dingen schlaue zu sein, hat sich immer noch recht kaum erwiesen. Gegen diesen Machiavellismus gibt es ein ganz probates Mittel, nämlich vollste Öffentlichkeit des Tuns und Treibens der Regierung und ihrer Parteien. Auch die katholischen Arbeiter sind für politische Dinge

ziemlich scharfäugig geworden und es ist wahrscheinlich bis zur Gewißheit, daß sie fortan das Verhalten der Parteien noch schärfer verfolgen werden. Und wenn das Zentrum eine fortschrittliche Politik nicht gebührend fördern oder gar hemmen sollte, dann wird ihr das bei der nächsten Wahl noch deutlicher als bei der jetzigen quittiert werden.

Ein Blick auf das Kräfteverhältnis der Parteien im Reichstag lehrt, daß auch weiterhin nur eine Koalitionsregierung möglich ist, allerdings eine der linken Parteien. Daß die Sozialdemokratie, die in noch höherem Grade die Vertrauensträgerin der Wählerschaft geworden ist, in der neuen Regierung ihrer Stärke nach vertreten sein muß, halten wir für ganz selbstverständlich. Damit wird übrigens auch allseitig gerechnet. Ein süddeutsches bürgerliches Blatt meinte dieser Tage, es sei zu befürchten, daß die Sozialdemokratie nun noch radikaler auftreten werde. Wir wollten, es wäre so. Wir wollten, unsere Genossen im Reichstag und in der Regierung wären mindestens eben so radikal, wie es die Deutschnationalen immer sind. Diese haben unseren Genossen das Maß der Rücksichtslosigkeit bei der Verfechtung der Forderungen geliefert. Die Sozialdemokratie hat zur Rücksichtslosigkeit das moralische Recht auf ihrer Seite, denn sie läßt sie um der überwältigenden Mehrheit des Volkes und um der Stärkung des demokratischen Staates willen, während sie die Deutschnationalen nur für die Belange einer kleinen engstirnigen Schicht anwendeten. Die Rücksichtslosigkeit unserer Genossen sollte beginnen bei der Sicherung der Gleich-

gebühren
parität
form
Voll
E
dem
neue
auf
inne
Nach
ein
wart
boten
nach

gedauert. Es war schon längst Zeit, diese Streitfrage klar und unzweideutig gelehrt zu regeln, damit sie nicht noch weiter Kräfte, Schaffenslust und Werkstoffrieden verzehrt. Für verschiedene Gewerbe ist ja selbst die achtstündige Arbeitszeit schon zu lang; sie könnten ihren Warenbedarf leicht in weniger Stunden decken. Die menschliche Arbeitskraft muß teurer werden, damit die Warenerzeugung billiger kommt. Mit dem Versuch, die achtstündige Arbeitszeit gelehrt zu machen, wird freilich ein absonderliches Gezerze der Dienerschaft und ihrer journalistischen Kaufburschen über den Ruin der Wirtschaft und ähnlichem Unsinne losgehen. Doch so haben sie bei jeder sozialpolitischen Verbesserung geplärret. Man sollte sich bei dem Geplärre nun nicht mehr aufhalten. Wer Großes vollbringen will, darf sich nicht von Kläffern betören lassen.

An die gesetzliche Einführung des Achtstundentages hat sich die Schaffung einer wirklichen und ausgebauten Wirtschaftsdemokratie anzuschließen, da diese ja die große Voraussetzung dafür ist, die politische (formale) Demokratie in eine soziale zu wandeln. Achtstundentag und Wirtschaftsdemokratie sind die allerersten Notwendigkeiten, die zu erfüllen sind. Freilich, nicht weniger notwendig ist die gleichzeitige Durchsetzung der Staatsverwaltung mit demokratischen Menschen. Bei dieser unausschiebbaren Sache sollte man es wenigstens diesmal nicht an Latkraft fehlen lassen. Denn was nützen gute Gesetze und die besten Absichten, wenn sie von einer Bürokratie in ihr Gegenteil verkehrt werden! Die Durchsetzung der Beamtenschaft mit demokratischen Menschen darf bei der Justiz keineswegs halt machen. Was unsere Justiz die letzten Jahre an Parteilichkeit und Unmenschlichkeit verübt hat, läßt sich schwer in Worte kleiden. Die Vermenschlichung der Justiz müßte mit dem gleichen Nachdruck vollzogen werden, den der unergleiche Justizminister Dr. Emminger bei ihrer Verschlechterung sehen ließ.

Es warten, wie gesagt, sehr viele und äußerst dringliche Aufgaben der Erfüllung durch die Sozialdemokratie. Wir haben vor allem den einen Wunsch, daß sich unsere Vertretung im Reichstag und in der Regierung der gewiß nicht geringen Anforderungen gewachsen zeigen möge. An Widerständen wird es ihr bestimmt nicht fehlen. Alle anderen Parteien werden ihre Kräfte und ihre Kraft auswenden, um die Tätigkeit unserer Genossen lahmsulegen oder herabzuwürdigen. Dagegen ist die Beseitigung der Kulissen ein treffliches Mittel, denn dann kann die ganze Öffentlichkeit sehen, wer sich ehrlich um das Wohl des Volkes und des Staates bemüht und wer nicht. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß unsere Parlamentsvertreter mehr denn je ihre ganze Latkraft für die Erfüllung der vielgestaltigen Notwendigkeiten einlegen und dafür schon bei der Auswahl der Genossen zu den staatlichen Posten die Voraussetzung schaffen. Unsere Genossen werden, so müssen wir annehmen, die nächsten vier Jahre eine Politik betreiben, die sich sehen lassen kann. Und sie werden das mit einer Nachdrücklichkeit tun, wofür die Gegner den Nachtab gekesselt haben. Wenn Kühnheit, Latkraft und volle Öffentlichkeit der Regierungstätigkeit unserer Genossen nicht mangeln, kann die Sozialdemokratie dem Wähler noch größerer als diesmal

Luxuszug und Bazillenkutsche

Beseitigung des Klassenstaates im Bahnwesen

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft stellt jetzt neue Wagen in Dienst, die allerdings erst auf einer einzigen Strecke laufen sollen. Am 15. Mai verkehren von Holland zur Schweiz und umgekehrt je ein Schnellzug, sogenannte FF-D-Züge, die den Namen Rheingold tragen. Diese an dem Rhein entlang fahrenden Züge erhalten eine Geschwindigkeit von 90 Kilometer die Stunde. Sie werden mit Wagen zusammengesetzt, wie sie bisher noch nirgends gebaut wurden. Man kann damit in 24 Stunden von London nach Luzern fahren. Auf der fast 700 Kilometer langen deutschen Strecke wird die Lokomotive nur ein einziges Mal abgelöst. Die Züge haben natürlich nur erster und zweiter Klasse. Wie luxuriös diese eingerichtet sind, mag aus folgendem hervorgehen. In dem Wagen erster Klasse sind sowohl größere Saalräume als auch kleinere Abteile zu vier und zwei Plätzen vorhanden. Den Reisenden dieser Klasse stehen als Sitzplätze besonders sorgfältig gearbeitete, verschickbare Einzelpolsteressel zur Verfügung. Diese sind mit hohen Rückenlehnen versehen und gestatten ein bequemes Ausruhen. Die Sessel sind in den Saalräumen an den Längswänden zu je zweien einander gegenüber an einem Tisch angeordnet. Die Wagen zweiter Klasse enthalten ebenfalls Saalräume. Hier sind fest eingebaute Polsteressel vorhanden. Die Reisenden, die das Glück haben, in solchen Zügen fahren zu können, brauchen sich nicht mehr nach dem Speisewagen zu bemühen, sondern den Reisenden werden Speisen und Getränke an ihren Plätzen serviert. Es ist unnötig zu sagen, daß auch sanitäre Neuerungen und Erfindungen in

tratte nicht beliebt, für genügende Sitzgelegenheiten zu sorgen. Von den schlechten Anschlüssen oder der langsamen Beförderung ganz zu schweigen. Daß die Gäste solcher Bahnwagen ganz gerädert und schon müde an ihrer Arbeitsstelle erscheinen, ist einleuchtend. Und dieses Schindluderpiel wird an Reisenden verübt, die die Bequemlichkeit der Reisenden der beiden ersten Klassen mit zu bezahlen haben.

In der Unterschichtlichkeit unserer Bahnwagen der ersten und der vierten Klasse drückt sich der Geist unserer Bahnbehörde oder des Reichsbahnministers aus. Jene Behörde oder dieser Minister ist, wie die Beschaffenheit der Bahnwagen bezeugt, noch von der Ansicht beherrschte, daß für die Reichen das beste gerade gut genug, für die Armen das schlechteste noch nicht schlecht genug ist. Wäre es nicht so, die Wagen der vierten Klasse wiesen ebenfalls Sauberkeit und Bequemlichkeit auf und die Reisenden der vierten Klasse hätten gleichfalls Schnellzüge und Sitzgelegenheit. Dies wäre auch wirtschaftlich ein beträchtlicher Gewinn. Denn in der vierten Klasse reisen Arbeiter, also Bürger, die Werte erzeugen und deren Zeit und Kraft mindestens ebenso wertvoll ist wie die der Fahrgäste der ersten Klasse. Da aber Bahnbehörde und Reichsverkehrsminister immer noch von dem Geiste des Obrigkeitstaates beherrscht sind, werden die volkswirtschaftlich so wertvollen Arbeiter wie Heringe in ratternden Kisten zusammengepackt, während die Reichen in behaglichen Polsteresseln schnellfahrender Züge befördert werden. Das schlimmste daran ist, daß die Reisenden der unteren Klassen den Luxus der Reisenden in den oberen Klassen bezahlen müssen.

Jüngst ging durch die Tagespresse die Mitteilung, der jetzige Reichsverkehrsminister beabsichtige, zum Zweiklassen-system überzugehen; an Stelle der vier Klassen solle es künftig nur noch zwei Klassen, eine Holz- und eine Polsterklasse geben. Diese Kunde berührte uns recht angenehm. Denn unser Vierklassensystem, diese abstoßende Schöpfung der Kaiserzeit, gehört längst abgeschafft. In England gibt es nur zwei Klassen, und auch die unterste hat gepolsterte Sitze. In Nordamerika besteht nur eine Klasse. Dort hat jeder Reisende einen Polsteressel mit Armlehnen und Fußstütze, der in alle Lagen zu stellen ist und worin man bequem sitzen, liegen und schlafen kann. So gut wie man in England nur zwei Klassen und Nordamerika gar nur eine Klasse hat, können wir gleichfalls mit zwei Klassen, unserer Meinung nach mit einer Klasse sehr wohl auskommen, zumal durch die Vereinfachung ein gewaltiger gesellschaftlicher Gewinn zu erzielen ist, da ja, wie jeder Reisende weiß, die erste und die zweite Klasse gar oft ganz leer mitlaufen, während die dritte und vierte überfüllt sind. Somit Grund genug für uns, die angekündigte Vereinfachung rückhaltlos zu begrüßen. Doch ungeteilte Freude wird einem in dieser allerdemokratischsten Republik nicht zuteil. Gleich nach der erfreulichen Kunde kam die Mitteilung, daß die Reichsbahn-Gesellschaft eine Tarifreduktion fordere. Die vierte Klasse solle zwar loswerden, aber auch eine Verteuerung der künftigen zweiten Klasse erhalten. Deren Preis soll um 12 Pf über den Preis der heutigen vierten Klasse hinaufgesetzt werden. Wie sich die Regierung zu der dreifachen Forderung der Reichsbahn-Gesellschaft stellt, bleibt abzuwarten.

